

1 Grundfragen der Wirtschaft

1.1 Aufgaben der Wirtschaft

1.1.1 Bedürfnisse

Der Mensch hat zahlreiche Bedürfnisse. Wenn er Durst hat, hat er das Bedürfnis zu trinken. Hat er Hunger, will er essen. Friert er, wird in ihm der Wunsch nach warmer Kleidung und/oder nach einer Wohnung wach. Die Reihe der Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen. Um noch ein nicht körperliches Bedürfnis zu nennen: Ist es dem Menschen langweilig, hat er z. B. den Wunsch, sich zu unterhalten oder sich unterhalten zu lassen. Er möchte z. B. ein Buch lesen, ins Kino gehen oder eine Diskothek besuchen.

Unter **Bedürfnissen** versteht man **Mangelempfindungen** der **Menschen**, die diese zu beheben bestrebt sind.

Die Bedürfnisse sind also die *Antriebe* (Motive) des wirtschaftlichen Handelns der Menschen. Ursprüngliches Ziel dieses Handelns ist, die eigene und auch fremde Existenz zu sichern (z. B. die Existenz der übrigen Familienmitglieder).

Die wichtigste Unterscheidung der Bedürfnisse ist die nach ihrer *Dringlichkeit*. Die sogenannten **Existenzbedürfnisse** *müssen* befriedigt werden: Ihre Befriedigung ist *lebensnotwendig*. Bei den **Kultur-** und **Luxusbedürfnissen** liegen die Dinge anders. Diese Bedürfnisse wurden im Menschen dadurch erzeugt, dass er in einer bestimmten Gesellschaft mit einer bestimmten Kultur¹ lebt, innerhalb der er eine bestimmte Stellung einnimmt. Man sagt, die Kultur- und Luxusbedürfnisse (auch „Wohlfahrtsbedürfnisse“ genannt) seien soziokulturell bestimmt.

Eine weitere Einteilung der Bedürfnisse in **Individual-** und **Kollektivbedürfnisse** (= Sozialbedürfnisse) ist anfechtbar, weil *alle* Bedürfnisse letztlich vom Einzelnen, d. h. vom Individuum ausgehen, nur von ihm selbst empfunden werden. Die Einteilung lässt sich nur aufrechterhalten, wenn man definiert, dass sich die Individualbedürfnisse auf Güter (im weitesten Sinne) richten, die der Einzelne für sich *allein* (bzw. innerhalb seiner Familie) konsumieren kann (z. B. Brot, Getränke, ein Möbelstück, ein Privatauto), während die Kollektivbedürfnisse mit Gütern befriedigt werden, die *allen* Mitgliedern der Gesellschaft zur Nutzung zur Verfügung stehen bzw. nach überwiegender Meinung zur Verfügung stehen sollten (z. B. Straßen, öffentliche Verkehrsmittel, Krankenhäuser, Schulen, saubere Umwelt).

Der Mensch wird, wenn er vernünftig (rational) handelt, zunächst die Bedürfnisse zu befriedigen suchen, die ihm am dringlichsten erscheinen. Er wird also sagen können, welches Bedürfnis *stärker* als ein anderes ist. Da eine Rangordnung der Bedürfnisse nach ihrer Dringlichkeit aufgestellt werden kann, sagt man, dass die Bedürfnisse *ordinal* messbar seien. Eine *kardinale* (zahlenmäßige) Messung der Bedürfnisstärke ist jedoch *nicht* möglich. Niemand kann etwa sagen, dass er im Augenblick doppelt soviel Durst wie Hunger habe, dass sein Bedürfnis, ins Theater zu gehen, aber das Dreifache seines Durstes ausmache.

Bedürfnisse sind zwar ordinal, nicht aber kardinal messbar.

¹ Das Hineinwachsen in die Gesellschaft bezeichnet man als Sozialisationsprozess.

1.1.2 Güter und Güterarten

Der Mensch wirtschaftet, um die Mittel bereitzustellen, mit denen er seine Bedürfnisse befriedigen kann, denn wer Hunger hat, braucht Nahrung. Wer Durst hat, braucht Getränke, um seinen Durst zu stillen. Wer friert, braucht Wärme und Kleidung. Wer Neues wissen will, braucht Informationen (z. B. aus einem Buch). Und wer schließlich krank ist, braucht ärztliche Beratung und Hilfe. Der Gebrauch oder Verbrauch aller Güter, die der Bedürfnisbefriedigung dienen, erhöhen das Wohlbefinden des Menschen. Man sagt, dass die Bedürfnisbefriedigung „Nutzen“ stiftet.

Die Mittel, die dem Menschen Nutzen stiften, heißen **Güter**.

Die Güter können **Sachgüter** (Lebensmittel, Kleidung, Wohnungseinrichtung), **Dienstleistungen** (Unterrichtstätigkeit, ärztliche Behandlung, Beratung durch einen Rechtsanwalt) oder **Rechte** (Patente, Gebrauchsmuster, Firmenwert) sein.

In der Regel sind die Güter *knapp*.¹ Sie sind dann **wirtschaftliche Güter**. Die **freien Güter**, d. h. solche, die in unbeschränktem Maße zur Verfügung stehen (z. B. Luft, Sand, Meerwasser), können von jedem Menschen nach Belieben in Anspruch genommen werden. Sie sind nicht Gegenstand des Wirtschaftens. Allerdings ist zu bemerken, dass die freien Güter durch den Raubbau an der Natur (Vernichtung der Tierwelt, Verschmutzung der Binnengewässer, der Meere und der Luft) immer knapper werden, sodass sie zu wirtschaftlichen Gütern werden, bei denen es gilt, sie mit Verstand (rational) zu verwalten und zu verteilen.

Güter, die der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung dienen, nennt man **Konsumgüter** (Gegenwartsgüter). Solche, die zur Herstellung (Produktion) von Wirtschaftsgütern gebraucht werden, heißen **Produktionsgüter** (Zukunftsgüter), seien es nun Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (**Verbrauchsgüter**) oder Maschinen, maschinelle Anlagen und Werkzeuge (**Gebrauchsgüter**).

Die Wirtschaftsgüter im weitesten Sinne setzen sich nicht nur aus Sachgütern aller Art, sondern auch aus Dienstleistungen und Rechten zusammen. All das, was verhältnismäßig knapp ist und wofür zumindest einige Leute gewillt sind, einen Preis zu zahlen, zählt zum Begriff des „wirtschaftlichen Gutes“.

Alle materiellen Güter, die wir ge- und verbrauchen, entstammen letztlich unserer natürlichen Umwelt, dem Produktionsfaktor **Natur** (siehe auch Kapitel 2.3). Werden die Güter gebrauchts- oder verbrauchsfertig von der Natur geliefert, bezeichnet man sie auch als **Natur- oder Umweltgüter**. Werden sie durch den Menschen in irgendeiner Weise verändert, z. B. Meerwasser zu Trinkwasser, Lehm zu Ziegeln, Eisenerz zu Industriestahl, Gold zu Schmuck oder Getreide zu Mehl, werden sie zu **Industriegütern**. Auch durch den Transport vom Fundort zum Verbrauchsort oder durch den Kauf bzw. Verkauf werden die Naturgüter zu Industriegütern.

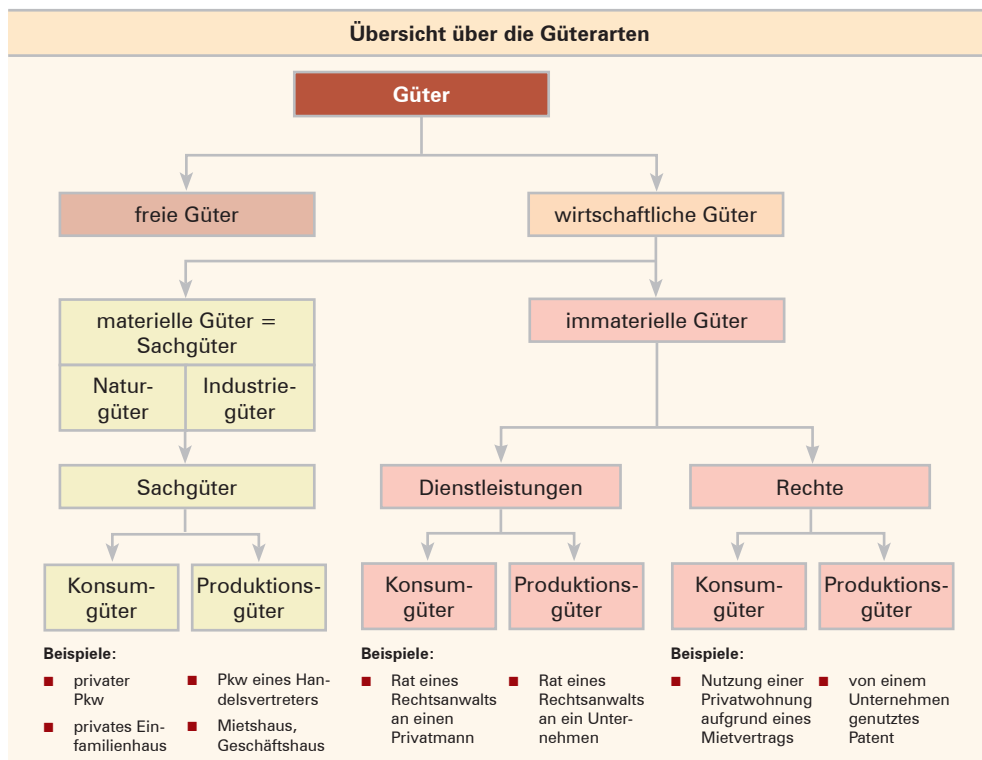
Lange Zeit wurden die Naturgüter als kostenlose „Gabe“ der Natur angesehen, die man beliebig „nutzen“, „benutzen“ und „ausbeuten“ kann. In der heutigen Zeit, in der die natürlichen Ressourcen (Vorräte, Quellen) immer knapper werden, die Natur als „kostenlose“

¹ Der Begriff Knappheit darf nicht mit dem Begriff Seltenheit verwechselt werden. Malt ein Sonntagsmaler z. B. ein Bild, so besteht dieses Bild nur ein Mal auf der Welt. Das Bild ist „selten“. Will indessen kein Mensch dieses Bild haben, geschweige kaufen, ist das Bild nicht knapp. Knappheit liegt nur vor, wenn die Bedürfnisse nach bestimmten Gütern größer sind als die Zahl dieser Güter.

Lagerstätte für Abfälle aller Art missbraucht wird und täglich zahllose Tier- und Pflanzenarten für immer ausgerottet werden, beginnt sich die Ansicht durchzusetzen, dass die Natur nicht länger als „Gratisquelle“ und als „Gratisdeponie“ betrachtet werden darf, dass also die meisten Naturgüter **nicht** „frei“ sind.

Wie aber kann man den Raubbau an den Naturgütern eindämmen? Antwort: Man muss den Naturgütern einen **Preis** geben, z.B. durch die Einführung von **Umweltsteuern** und **Sonderabgaben** (sogenannte „**Ökosteuern**“),¹ die zur Beseitigung von Umweltschäden (z.B. Wiederaufforstung, Bodensanierung, Trinkwasseraufbereitung) verwendet werden. Durch die Belastung nicht reproduzierbarer (nicht wiederherstellbarer) Naturgüter sowie umweltschädlicher Industriegüter mit Ökosteuern wird die Nachfrage auf reproduzierbare Naturgüter und/oder umweltfreundlichere Industriegüter umgelenkt.

Nachstehendes Begriffsschema bringt die verschiedenen Güterbegriffe in Zusammenhang.



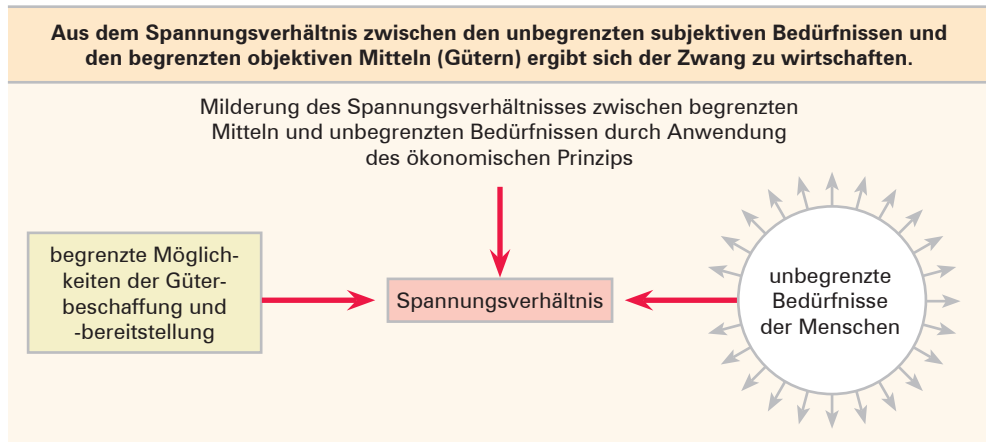
1 Der Begriff Ökosteuer kommt von „ökologisch wirksamer Steuer“. Die Ökologie ist die Wissenschaft von den Wechselwirkungen zwischen den Lebewesen untereinander und ihren Beziehungen zur übrigen Umwelt. Die seit Beginn der siebziger Jahre entfachte Diskussion um die Gefährdung der Umwelt durch die Wirtschaftssysteme hat zur Gründung von sogenannten „Öko-Parteien“ („Grünen Parteien“) in mehreren westlichen Ländern geführt.

Ein einprägsames Beispiel für einen ökologischen Zusammenhang ist die Ausrottung des Vogels Dodo (Dronte) auf der Insel Mauritius durch die Portugiesen im 16. Jahrhundert. Auf Mauritius gibt es einen Baum namens Calvarie-major, der am Aussterben ist: Es gibt nur noch 13 Bäume, die allesamt älter als 300 Jahre sind. Die Samen der Bäume keimen nicht. Warum? Der ausgerottete Dodo fraß unter anderem die Samen des Calvarie-Baums, in dessen kräftigem Muskelmagen sich die Schalen der Samen so weit abrieb, dass die zum Teil unverdaut gebliebenen Samen ausgeschieden wurden und so zur Keimung gelangten. So erhielt der Baum den Dodo und der Dodo erhielt den Baum. (Quelle: Vogt, H.-H.: Ohne Dodo keine Bäume, in: kosmos. Bild unserer Welt, Heft 9, September 1978, S. 628f.)

1.1.3 Ökonomisches Prinzip

Gehen wir davon aus, dass die Bedürfnisse *größer* sind als die Befriedigungsmöglichkeiten, also die zur Verfügung stehenden Güter. Das dann entstehende Spannungsverhältnis zwingt den Menschen zum *Wirtschaften*. Versucht der Mensch, dieses Problem bewusst (mit Verstand = rational) zu lösen, handelt er nach dem **ökonomischen¹ Prinzip**.

Das ökonomische Prinzip ist daher ein **Rationalprinzip**.



Das ökonomische Prinzip lässt sich auf dreierlei Weise ausdrücken:

- Mit gegebenen Mitteln ist der größtmögliche Erfolg zu erzielen (**Maximalprinzip**).
- Ein geplanter Erfolg ist mit dem geringsten Einsatz an Mitteln anzustreben (**Minimalprinzip, Sparprinzip**).
- Es gilt, einen möglichst großen Überschuss an Erfolg über den Mitteleinsatz zu erlangen (allgemeine Formulierung).

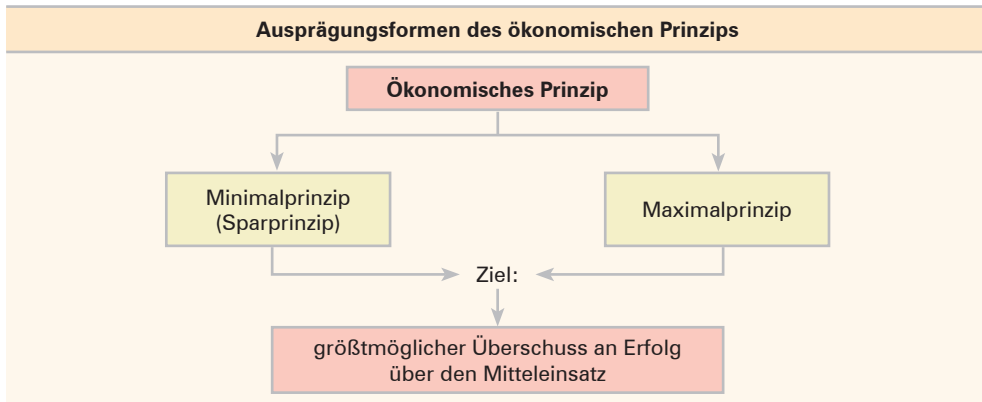
Ein **privater Haushalt** (z.B. ein einzelner Verbraucher [Einpersonenhaushalt] oder eine Familie [Mehrpersonenhaushalt]) handelt dann nach dem ökonomischen Prinzip, wenn er sein Nettoeinkommen (= gegebene Mittel) so verwendet, dass er einen höchstmöglichen Nutzen erzielt (**Nutzenmaximierung**) oder ein geplantes Einkommen mit dem geringstmöglichen Arbeitsaufwand erreichen möchte (**Aufwandsminimierung**).

Beispiel:

Kauft eine Hausfrau „blindlings“ ein, ohne auf Preise und Qualitäten zu achten, verschwendet sie ihr Haushaltsgeld. Auf diese Weise wird sie für sich und ihre Familie nicht den höchstmöglichen Nutzen erzielen, der mit dem gegebenen Budget (= geplante Ausgabensumme) erreichbar wäre.

Nach dem ökonomischen Prinzip, und zwar nach dem Maximalprinzip, handelt sie dann, wenn sie die Preise vergleicht und die jeweils günstigsten Einkaufsmöglichkeiten wahrnimmt, d.h. mit dem vorhandenen Einkaufsbudget möglichst viele Güter einkauft.

¹ Ökonomie (lat.) = Wirtschaft; die Lehre von der Wirtschaft.



Ein **Betrieb**¹ richtet sich dann nach dem ökonomischen Prinzip, wenn er mit den geplanten Kosten je Zeitabschnitt einen größtmöglichen Gewinn zu erzielen trachtet (**Gewinnmaximierung**). Der Betrieb handelt auch dann nach dem ökonomischen Prinzip, wenn er einen geplanten Gewinn mit dem geringstmöglichen Mitteleinsatz erreichen möchte (**Kostenminimierung**).

Beispiele:

- Ein Handwerksmeister, der nicht darauf achtet, dass sparsam mit Material und sorgfältig mit Maschinen und Werkzeugen umgegangen wird, verstößt gegen das ökonomische Prinzip, in diesem Fall gegen das Sparprinzip (**Minimalprinzip**).
- Ein Betrieb plant für den kommenden Monat Werbeausgaben in Höhe von 100 000,00 €. Die Mittel sollen so eingesetzt werden, dass eine höchstmögliche Umsatzsteigerung eintritt (**Maximalprinzip**).

Die (marktwirtschaftliche) Wirtschaftstheorie unterstellt in ihren Modellen grundsätzlich, dass die Wirtschaftssubjekte² immer nach dem ökonomischen Prinzip handeln.

Das ökonomische Prinzip – insbesondere das Sparprinzip – ergänzt die Anforderungen, die heute an ein ökologisch orientiertes Wirtschaften gestellt werden, denn ökologisches Wirtschaften heißt u. a. sparsamer Umgang mit nicht reproduzierbaren³ Ressourcen⁴ und Wiederverwertung (Recycling)⁵ von Abfällen.

1 Unter „Betrieb“ wird im Folgenden jede Wirtschaftseinheit verstanden, die produziert, also wirtschaftliche Güter herstellt oder bereitstellt. Das Unternehmen ist eine historische (geschichtliche) Erscheinungsform des Betriebs. Es ist die den *marktwirtschaftlichen* Wirtschaftsordnungen (vgl. Kapitel 1.3.2) eigentümliche Form des Betriebs, denn hier sind die Inhaber bzw. Gesellschafter der Betriebe „Unternehmer“. In *Zentralverwaltungswirtschaften* (Kapitel 1.3.3) befinden sich die Betriebe hingegen i. d. R. in Staatseigentum (Gemeineigentum).

2 Wirtschaftssubjekte sind die wirtschaftlich handelnden Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen (z. B. Betriebe, staatliche Stellen, Gewerkschaften, Unternehmensverbände usw.).

3 Nicht reproduzierbar (nicht wieder herstellbar) sind Naturgüter wie z. B. Erdöl, Mineralerze, Regenwälder und alle Pflanzen- und Tierarten, wenn sie einmal ausgerottet sind. Reproduzierbare Güter sind z. B. Getreide, Nutzwälder und Zuchttiere.

4 Ressource (frz.) = Rohstoffquelle.

5 Recycling (engl.) = Rückführung in den Kreislauf; to recycle = wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückführen.

AUFGABEN

1. Definieren Sie den Begriff Bedürfnis!
2. Teilen Sie die Bedürfnisse
 - a) nach ihrer Dringlichkeit und
 - b) nach den gesellschaftlichen Befriedigungsmöglichkeiten ein!Nennen Sie je vier eigene Beispiele!
3. Nach weit verbreiteter Auffassung sind die Bedürfnisse der Menschen unbegrenzt. Lesen Sie nachstehenden Text durch. Wie stellen Sie sich selbst hierzu?

„In den hochindustrialisierten Ländern wird zwar der Mensch dazu erzogen, viel zu konsumieren. So hängt sein Sozialprestige, also das Ansehen, das der Einzelne in der Gesellschaft genießt, von dem Konsumstandard ab, den er sich leisten kann. Es verwundert deshalb nicht, wenn der Einzelne durch Steigerung seines Konsums seine soziale Position zu verbessern oder zumindest zu erhalten sucht und wenn auf diese Weise die Bedürfnisse immer schneller steigen... Es gibt andere Kultursysteme, in denen der Mensch zur Selbstgenügsamkeit erzogen wird. Hier ist es keineswegs selbstverständlich, dass die Bedürfnisse mit

der Produktion zunehmen'. Aber selbst in den entwickelten Ländern scheint das Wachstum der Bedürfnisse abzuflachen. Wie anders wäre es sonst erklärlich, dass das Problem der Absatzschwierigkeiten und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit sich in den Vordergrund schiebt. Die Unternehmen werden gezwungen, den Absatzmarkt planmäßig zu gestalten (Marketing), um ihren Absatz zu sichern und auszuweiten. Es hieße die Augen vor der Wirklichkeit verschließen, wollte man auch hier noch davon sprechen, dass die Bewältigung der Knappheit das einzige und wichtige Problem sei.'“

Quelle: Külp, B.: Grundfragen der Wirtschaft, 1967, S. 49.

4. Im Mittelpunkt des Wirtschaftens steht der Begriff Gut.
 - 4.1 Definieren Sie den Begriff Gut!
 - 4.2 Unterscheiden Sie zwischen freien Gütern, Naturgütern und wirtschaftlichen Gütern! Bilden Sie je drei selbst gewählte Beispiele!
5. Inwiefern besteht ein Spannungsverhältnis zwischen der vorhandenen Gütermenge einerseits und den Bedürfnissen andererseits?
6. Welchen Inhalt geben Sie dem Begriff „wirtschaftliches Prinzip“?
7. Warum ist das wirtschaftliche Prinzip auch in einer ökologisch orientierten Wirtschaft anwendbar?

1.2 Wirtschaftliche Grundfragen

1.2.1 Welche Güter sollen produziert werden? (Mögliche Produktionsziele)

Obwohl die Bedürfnisse nur subjektiv und daher nicht kardinal messbar sind, müssen in jeder Gesellschaft Entscheidungen darüber gefällt werden, *welche* Güter bereitzustellen, also zu **produzieren** sind. Solange sich z. B. ein Einsiedler die Frage stellt, ob er lieber Beeren sammeln oder lieber Pilze suchen möchte, befindet er sich nicht in einem Spannungsverhältnis zwischen Bedürfnis und Produktionsentscheidung. Sobald aber der Einzelne Glied einer Gemeinschaft ist, ergibt sich die Frage, welche Güter die Gesellschaft produzieren bzw. nicht produzieren soll, wo es doch an einer objektiven Bestimmbarkeit der Dringlichkeit der Bedürfnisse fehlt. Das Problem besteht also darin, für welche **Produktionsziele** sich die Gesellschaft entscheiden soll.

Grundalternativen

Greifen wir aus zahlreichen möglichen Produktionszielen (Grundalternativen = Wahlmöglichkeiten) einige heraus:

- Gegenwartsgüter (Konsumgüter) und/oder Zukunftsgüter (Produktionsgüter);
- Güter des zivilen und/oder Güter des militärischen Bedarfs;
- Güter des privaten Bedarfs (Individualgüter) und/oder Güter des kollektiven Bedarfs (Kollektivgüter).

Machen wir uns das Problem am Beispiel der Erzeugungsmöglichkeit von Individualgütern einerseits und Kollektivgütern andererseits klar.

Beispiel:

Um den Zusammenhang sichtbar machen zu können, nehmen wir an, dass in einer Volkswirtschaft nur *zwei* Güter (bzw. Güterarten) produziert werden sollen.¹ Bei vollständiger Ausnutzung der verfügbaren Kapazität² der Volkswirtschaft (**Vollbeschäftigung**) sei zwischen Getreideanbau und/oder Straßenbau zu wählen. Das Getreide steht stellvertretend für die Produktion von **Individualgütern**, der Straßenbau stellvertretend für die Herstellung von **Kollektivgütern**. Wir wollen unterstellen, dass unsere Modellwirtschaft – als *ein* Extrem – mit den verfügbaren Mitteln (Arbeitskräfte, Maschinen) bei gegebenem technischem Stand

1500 km Straßen je Periode herstellen kann, wenn sie bereit ist, auf das Getreide völlig zu verzichten. Das andere Extrem – so wird weiterhin angenommen – besteht in der Erzeugung von 10 Millionen Tonnen Getreide, falls überhaupt keine Straßen gebaut werden. Innerhalb dieser beiden Grenzfälle gibt es natürlich eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten, ein Produktionsziel teilweise durch ein anderes zu **substituieren**, d. h. zu ersetzen. Anders ausgedrückt: Man kann den Straßenbau in Getreideanbau und umgekehrt **transformieren** (umwandeln).

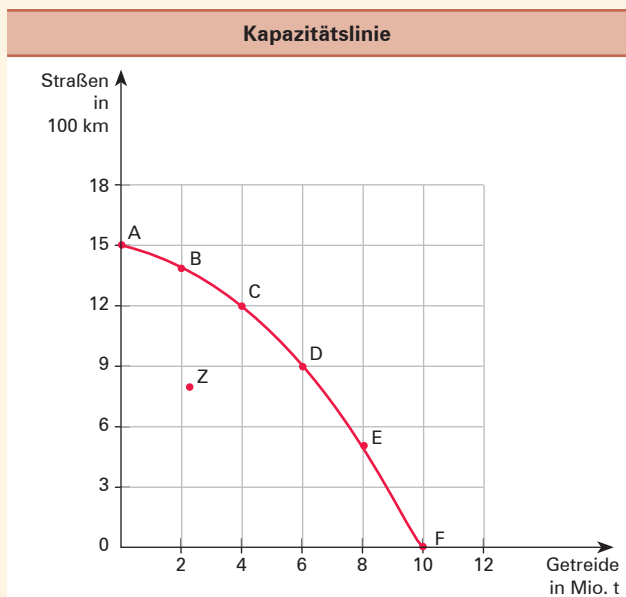
¹ Wegen der Knappheit der Güter ist es nicht möglich, genügend Güter für *jeden* Bedarf herzustellen. Die Frage ist immer, wie viel der gewünschten Güter innerhalb der gegebenen Produktionsmöglichkeiten, d. h. bei gegebener Kapazität der Volkswirtschaft, hergestellt werden sollen. Um ein derart schwieriges Problem erörtern zu können, muss man vereinfachen, d. h. ein **Modell** konstruieren. Ein Modell ist ein Denkschema, dem bestimmte vereinfachende Voraussetzungen (**Prämissen**) zugrunde liegen. Schlussfolgerungen aus einem Modell – mögen sie noch so logisch sein – können nicht ohne Weiteres auf die Wirklichkeit übertragen werden. Dies ist nur möglich, wenn die Prämissen auch in der Wirklichkeit zutreffend sind.

² Kapazität = Leistungsfähigkeit.

So ist es möglich, auf *etwas* Getreide zu verzichten und *dafür* einige Kilometer Straßen zu bauen. Je mehr auf den Getreideanbau verzichtet wird, desto mehr Straßen können gebaut werden. Es ergibt sich z.B. nebenstehende Substitutionstabelle.¹

Möglichkeiten	Straßen in 100 km	Getreide in Mio. t
A	15	–
B	14	2
C	12	4
D	9	6
E	5	8
F	–	10

Die Werte aus der Tabelle lassen sich auch grafisch darstellen. Verbindet man die einzelnen Punkte (geglättete Kurve), erhält man eine **Kapazitätslinie**, auch Produktionskapazitäts- oder Transformationskurve genannt. Sie zeigt, dass bei gegebenem technischen Stand und bei gegebener Kapazität die Gesellschaft nunmehr vor der Wahl steht, entweder ein Gut A (d.h. eine Güterart A) oder ein Gut B (d.h. eine Güterart B) oder eine Kombination beider zu produzieren. Jeder Punkt, der innerhalb der Kurve liegt (z.B. Punkt Z), bedeutet, dass die Kapazität nicht voll ausgenutzt ist (**Unterbeschäftigung**, d.h. Arbeitslosigkeit, freie Kapazitäten der Unternehmen, unausgenutzte Rohstoffquellen bzw. -reserven). Die Wirtschaft könnte *sowohl* mehr Kollektivgüter (z.B. Straßen) *als auch* mehr Individualgüter (z.B. Getreide) erzeugen. Wird hingegen genau auf der Kapazitätslinie produziert, liegt **Vollbeschäftigung** vor. Die Mehrproduktion einer Gütergruppe geht immer zu Lasten einer anderen.



Das Beispiel liefert folgende Ergebnisse:

- Wirtschaften kann als Wahlentscheidung zwischen alternativen Produktionszielen verstanden werden.
- Jede Volkswirtschaft kann bei Vollbeschäftigung und gleichbleibendem technischen Stand ein neues Produkt nur dann herstellen, wenn sie bereit ist, die bisherige Produktion einzuschränken oder ganz auf sie zu verzichten.
- Ist die Wirtschaft unterbeschäftigt, können neue Produktionsziele aufgenommen und/oder es kann die Produktion bisheriger Güter ausgeweitet werden, ohne dass auf einzelne Produktionsziele verzichtet werden muss.

¹ Beispiel nach Samuelson, P.: Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung, Bd. 1, 1965, S. 31 ff.

Die dargestellte Kapazitätslinie verläuft konvex, d.h., sie hat einen nach außen gekehrten „Bauch“. Warum? Um 2 Mio. Tonnen Getreide zu erhalten, müssen wir auf 100 km Straße verzichten. 4 Mio. Tonnen Getreide erfordern bereits einen Verzicht auf 300 km Straße. Der Grund ist darin zu sehen, dass bei steigender Getreideproduktion auch a) Arbeitskräfte in der Landwirtschaft angestellt werden müssen, die die Arbeit dort nicht kennen, entsprechend langsamer arbeiten und Fehler machen, und b) Böden herangezogen werden müssen, die unfruchtbarer sind bzw. klimatisch ungünstiger als die bisherigen liegen, was wiederum ein Mehr an Düngemitteln und Maschineneinsatz bzw. Arbeits-einsatz bedeutet. Bei zunehmender Getreideproduktion nimmt also der Einsatz von Mensch und Maschine überproportional zu.¹

Eine bestimmte Kapazitätslinie gilt in einer Volkswirtschaft nur für einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum. Wird die Kapazität erweitert, verschiebt sich die Kapazitätslinie nach „rechts“. Dies ist z.B. der Fall, wenn die Zahl der arbeitsfähigen und -willigen Personen zunimmt und/oder Produktionsanlagen der Wirtschaft erweitert werden (Erweiterungs-investitionen). Auch der technische Fortschritt trägt zur Kapazitätsausweitung der Wirtschaft bei.

Das Kapazitätslinienmodell liefert noch eine weitere Erkenntnis. In Zeiten der sogenannten **Überbeschäftigung** kann real² nicht mehr erzeugt werden, als es die Kapazitätsgrenze der Wirtschaft zulässt. Die überhöhte Nachfrage wirkt sich lediglich auf die Preise der Güter aus.

Bestimmung der Produktionsziele in verschiedenen Wirtschaftsordnungen

Es besteht nun die Frage, wer darüber entscheidet, welche Produktionsziele sich eine Gesellschaft setzen soll.

Im Modell der **Zentralverwaltungswirtschaft**³ sind es staatliche Behörden, die aufgrund der Einschätzung der *Bedürfnisse* der Bevölkerung und der *vorhandenen Kapazitäten* (also der gegebenen Güterknappheit) die Produktionsziele in kurz-, mittel- und langfristigen Wirtschaftsplänen festlegen.

Im Modell der **freien Marktwirtschaft**⁴ hingegen entscheiden die Verbraucher in ihrer Gesamtheit, welche Güterarten und -mengen die Unternehmen herstellen und anbieten (Konsumentensouveränität).

Ihren Bedarf melden die Verbraucher über die Nachfrage an, auf die die Unternehmen reagieren müssen, wenn sie ihre Erzeugnisse absetzen wollen. Begrenzt wird das mögliche Güterangebot (die Gütererzeugung) in *jeder* Volkswirtschaft durch die vorhandenen Kapazitäten und/oder Rohstoffquellen (Ressourcen).

Die **Produktionsziele** einer Volkswirtschaft hängen von der gegebenen Güterknappheit und dem Bedarf (d.h. von den mit Kaufkraft versehenen Bedürfnissen) der Bevölkerung ab.

1 Anders ausgedrückt: Mit zunehmendem Einsatz von Arbeit und sonstiger Produktionsmittel nimmt der physische (= körperliche) Ertrag nur unterproportional zu („Ertragsgesetz“).

2 Real = wirklich; hier: mengen- und qualitätsmäßig.

3 Näheres siehe Kapitel 1.3.3.

4 Näheres siehe Kapitel 1.3.2.

1.2.2 Wie soll produziert werden? (Mögliche Produktionsweisen)

Die Frage „Wie soll produziert werden?“ kann man unter verschiedenen Aspekten (Gesichtspunkten) betrachten. Hat man die historische (geschichtliche) Entwicklung im Auge, fragt man nach den **Wirtschaftsstufen**. Sieht man vor allem die technische Seite der Produktion, ist zu entscheiden, ob vorwiegend der Handarbeit oder vorwiegend der Maschinenarbeit der Vorzug zu geben ist.

1.2.2.1 Wirtschaftsstufen¹

Mit der Entwicklung der Produktionsweisen haben sich vor allem die Vertreter der **historischen Schule**² auseinandergesetzt. Hauptvertreter sind GUSTAV SCHMOLLER (1838–1917), GEORG FRIEDRICH KNAPP (1842–1926) und WERNER SOMBART (1863–1941), von denen jeder eine **Wirtschaftsstufenlehre** entwickelte. SCHMOLLER, dessen Einteilung nur für deutsche Verhältnisse zutrifft, sah folgende Entwicklung:

- Dorfwirtschaft,
- Stadtwirtschaft,
- Territorialwirtschaft und
- Staatswirtschaft.

SOMBART unterschied:

- Die Individualwirtschaft (z.B. der Fronhof, der seinen Bedarf aus der eigenen Produktion deckte),
- die Übergangswirtschaft (z.B. der Gutshof, der im Wesentlichen seinen Bedarf selbst deckte, aber doch einzelne Güter, wie z.B. Werkzeuge und Waffen, von anderen Herstellern bezog) und
- die Gesellschaftswirtschaft (die Wirtschaft, in der durch Arbeitsteilung [Kapitel 2.2] alle Beteiligten aufeinander angewiesen sind).

Die sozialistische Wirtschaftslehre³ sieht die Entwicklung der verschiedenen Produktionsweisen unter dem Gesichtspunkt der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse. So wird unterschieden:

- Produktionsweise der Urgesellschaft (z.B. Gemeinschaften der Steinzeit),
- Produktionsweise der Sklavenhalterordnung (z.B. Asien im vierten und dritten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung bis zur römischen und christlichen Kultur),
- Produktionsweise der Feudalgesellschaft (etwa vom 5. Jahrhundert n. Chr. bis Ende des 19. Jahrhunderts),
- kapitalistische Produktionsweise (westliche Industrieländer),
- sozialistische Produktionsweise und
- Kommunismus.

Die historische (geschichtliche) Betrachtungsweise hat nach Auffassung ihrer Anhänger die Aufgabe, zu zeigen, wie wirtschaftliche Vorgänge an Raum und Zeit gebunden sind.

¹ Vgl. hierzu Kapitel 2.2.3.

² Zur „historischen Schule“ gehören alle Wirtschaftswissenschaftler, die sich mit der geschichtlichen Entwicklung der Volkswirtschaften beschäftigen haben.

³ Vgl. Zagalow, N.A. u.a.: Lehrbuch der Politischen Ökonomie, Vorsozialistische Produktionsweisen, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1973.

1.2.2.2 Produktionsverfahren

In den wirtschaftlich hoch entwickelten Industrieländern stellt sich die Frage nicht mehr, ob vorwiegend mit Handarbeit oder vorwiegend mit Maschinenarbeit produziert werden soll, denn die Handarbeit ist aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung teurer als die Maschinenarbeit geworden. In wirtschaftlich noch wenig entwickelten Ländern ist die Frage nach den Produktionsverfahren von grundlegender Bedeutung, denn die Schaffung von Produktionsstätten mit vorwiegender Handarbeit bringt Arbeitsplätze und sichert den Lebensunterhalt vieler. Die Erstellung kapitalintensiver Prestigeobjekte¹ schafft kaum Arbeitsplätze und der Gewinn fließt nur wenigen zu.

Die Industrieländer stehen vor anderen Problemen:

- Die Produktion im Fertigungs- und Dienstleistungsbereich² wird weiter automatisiert. Es stellt sich die Frage, wie die nicht mehr benötigten Arbeitskräfte eine anderweitige Beschäftigung finden können.
- Bringt die Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft eine Lösung oder trägt sie zumindest zur Milderung des Beschäftigungsproblems bei?
- Können die Umweltprobleme durch die Entwicklung umweltfreundlicherer Produktionsverfahren und Produkte gemildert werden?

Eng mit diesen Problemen ist auch die im nächsten Kapitel behandelte Frage verknüpft, wo produziert werden soll.

1.2.3 Wo soll produziert werden?³ (Mögliche Produktionsstandorte)

Wo gegenwärtig was produziert wird, ist das Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses. Die Wirtschaftspolitik kann lediglich versuchen, entstandene strukturelle⁴ Ungleichgewichte zu beseitigen und auf die künftige Entwicklung Einfluss zu nehmen.

Das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass es selbst auf einem verhältnismäßig kleinen Raum im Hinblick auf Infrastruktur,⁵ wirtschaftliche Leistungskraft, Bevölkerung und Umweltbedingungen starke Unterschiede gibt.

Dieses Gefälle ist teilweise eine Folge der gewerblichen Standortwahl⁶ und des Städtewachstums infolge der Industrialisierung im Laufe des 19. Jahrhunderts. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurden (zunächst) die alten Industriestandorte beibehalten. Durch Flucht und Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung und durch die Abwanderung vom Land wurde die Konzentration in den Ballungsgebieten (Gebieten mit Verdichtungsräumen, siehe Abb. auf S. 26) weiter verstärkt. Die Entwicklung verlangsamte sich erst, als Ende der fünfziger Jahre viele Betriebe ihre Standorte in den ländlichen Raum verlegten, um das dort vorhandene Arbeitskräfteangebot zu nutzen.

1 Prestige (frz.) = Ansehen, Geltung. Objekt (lat.) = Gegenstand.

2 In der Wirtschaftslehre ist Produktion nicht nur die Herstellung von Sachgütern, sondern auch die Bereitstellung von Dienstleistungen und Rechten (siehe Kapitel 1.1.2 und die Abb. auf S. 17). Zum Dienstleistungsbereich (Dienstleistungssektor) gehören z.B. die Banken, die Versicherungen, die Verkehrsbetriebe, die Handwerks- und die Handelsbetriebe.

3 Vgl. hierzu Kapitel 2.3.1.

4 Struktur (lat.) = Aufbau. Ein strukturelles Ungleichgewicht liegt z.B. vor, wenn in einem Wirtschaftsgebiet mehr Kohle gefördert wird als verbraucht bzw. verkauft werden kann.

5 Infrastruktur (lat.) = Unterbau einer Wirtschaft z.B. mit Straßen, Hafenanlagen, Eisenbahnlinien, Wasserversorgung und Kommunikationsnetzen.

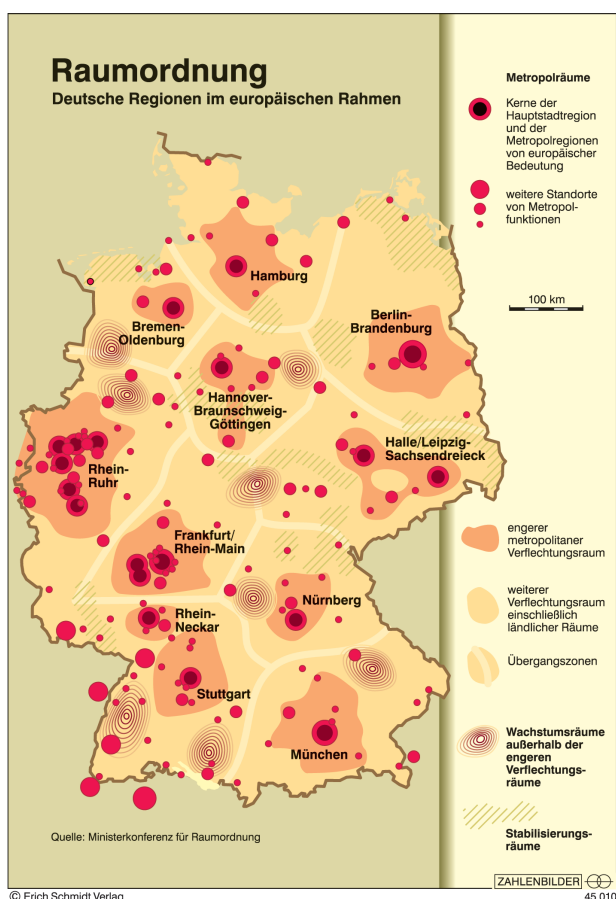
6 Unter Standort versteht man die örtliche Lage eines Betriebs.

Bereits in den siebziger Jahren entstanden weitere Ungleichgewichte, weil manche traditionellen¹ Industriezweige dem internationalen Konkurrenzdruck zum Opfer fielen. Es entstanden „Problemräume“ mit hoher Arbeitslosigkeit. Andere Räume konnten hingegen von der Aufwärtsentwicklung neuer Industrie- und Dienstleistungsbereiche profitieren.

Ungleichgewichte bestanden und bestehen immer noch auch zwischen den westlichen und den östlichen Bundesländern. Die Ursache: Die Wirtschaftsordnung der ehemaligen DDR war eine Zentralverwaltungswirtschaft (Kapitel 1.3.3). Die industriellen und landwirtschaftlichen Standorte wurden staatlich verordnet. Sie befinden sich seit der Umstellung auf eine marktwirtschaftliche Ordnung (Kapitel 1.3.2) in einer Krise. Auch zwischen den westlichen Bundesländern bestehen Ungleichgewichte.

Zur Beseitigung von Ungleichgewichten soll die **Raumordnungspolitik** von Bund, Ländern und Gemeinden beitragen. Grundlage ist das Raumordnungsgesetz. Zum Beispiel sind folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Im gesamten Bundesgebiet ist ein ausgewogenes Verhältnis von Verdichtungsräumen und ländlichen Räumen herbeizuführen und deren Verflechtung untereinander zu verstärken.
- Die räumliche Struktur von Gebieten mit gesunden Lebensbedingungen und ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Verhältnissen soll gesichert und weiterentwickelt werden.
- In Gebieten mit weit unterdurchschnittlichen Lebensbedingungen soll die Raumordnungspolitik fördernd eingreifen und dafür Sorge tragen, dass sich die Erwerbsmöglichkeiten, die Wohnverhältnisse, die Umweltbedingungen und die Infrastruktur verbessern.
- In den neuen Bundesländern ist die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft vorrangiges Ziel, um die Angleichung an die westdeutschen Lebensverhältnisse zu ermöglichen.



1 Tradition (lat.) = das Althergebrachte. Tradieren = weitergeben, überliefern.

1.2.4 Wie soll das Produktionsergebnis verteilt werden? (Mögliche Verteilungsprinzipien)

Die Produktion ist kein Selbstzweck. Sie dient der Befriedigung individueller und kollektiver Bedürfnisse. Wirtschaftet ein Einzelner (Robinson, Einsiedler) nur für sich selbst, eignet er sich auch das Ergebnis (Produkt) seiner Tätigkeit selbst an. Ein **Verteilungsproblem** entsteht nicht, weil der Einsiedler mit niemandem zu teilen braucht. Erst wenn der Mensch in einem Kollektiv lebt und zusammen mit anderen ein gemeinsames Produkt – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – erstellt, muss er mit anderen „teilen“, z.B. mit denen, die noch nicht (Kinder), überhaupt nicht (z.B. Kranke) oder nicht mehr (Alte) produzieren.

Wie sich die Verteilung tatsächlich vollzieht, hängt von der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ab (vgl. Kapitel 1.3.1). In Gesellschaften mit vorwiegend **marktwirtschaftlicher Ordnung** erfolgt die Verteilung durch den **Markt** (vgl. Kapitel 1.3.2). Ist jedoch eine Volkswirtschaft derart organisiert, dass der Staat bzw. seine Behörden über Produktionsmengen, Einfuhren, Ausfuhren und Verbrauchsmengen entscheiden, liegt eine **zentralgesteuerte Wirtschaft** (Planwirtschaft) vor (vgl. Kapitel 1.3.3). Die Planungsbehörde muss in diesem Fall auch die Lohnhöhe vorschreiben, weil mit der Lohnhöhe zugleich die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung bestimmt wird und die geplante Kaufkraft mit der geplanten Konsumgütermenge übereinstimmen muss. Andernfalls befindet sich der Wirtschaftsplan im Ungleichgewicht.

Sobald Staat und Verbände in den Arbeitsmarkt eingreifen, müssen sie bestimmte **Verteilungsprinzipien** verfolgen, sich also eine Vorstellung darüber machen, wie es um das endgültige Verteilungsergebnis bestellt sein soll. Es ist einleuchtend, dass die Anschauungen darüber, wie eine „gerechte“ Einkommensverteilung auszusehen habe, sehr unterschiedlich sind. Sie hängen von der Interessenlage der jeweiligen Regierung bzw. der Verbände sowie der vorherrschenden Weltanschauung ab.

Im Wesentlichen lassen sich *drei* Verteilungsprinzipien unterscheiden:

Prinzip der Einkommensnivellierung¹	Dieses Prinzip („Jedem das Gleiche!“) wird damit begründet, dass alle Menschen gleich seien. Deshalb hätten sie auch Anspruch auf den gleichen Anteil am Volkseinkommen. Das Prinzip der Einkommensnivellierung hat den Vorteil, dass Unzufriedenheit, Neid und Missgunst abgebaut werden. Der Nachteil ist, dass für den Einzelnen kein Leistungsanreiz besteht, sodass das Volkseinkommen (das Sozialprodukt) niedriger ist, als es bei Anstrengung aller Kräfte sein könnte. In der Bundesrepublik Deutschland wird das Gleichheitsprinzip zwar nicht in seiner extremen Ausbildung verfochten; wohl aber ist es ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel der Regierung und der Gewerkschaften, eine sozialverträgliche Einkommensverteilung herbeizuführen.²
Bedarfsprinzip	Das Bedarfsprinzip verlangt, die Einkommen nach einem von bestimmten Institutionen (z.B. Regierung, Parlament, Behörden) festzustellenden Maßstab zu verteilen („Jedem nach seinen Bedürfnissen!“). Eine bedarfsgerechte Verteilung liegt z.B. vor, wenn die Einkommen nach Familienstand, Berufstätigkeit (Schwerarbeit, Bürotätigkeit) oder Kinderzahl differenziert (= abgestuft) werden. So ist in der Bundesrepublik Deutschland z.B. die Staffelung der Löhne nach Altersgruppen, Betriebszugehörigkeit und/oder

¹ Nivellieren = gleichmachen, einebnen.

² Siehe Kapitel 1.3.4.2. Statt vom Ziel der sozialverträglichen Einkommensverteilung wird auch vom Ziel einer „gleichmäßigeren“ oder einer „gerechteren“ Einkommensverteilung gesprochen.

	Familienstand ein Element des Bedarfsprinzips. In Zentralverwaltungswirtschaften wie z.B. in der ehemaligen Sowjetunion war es u.a. üblich, Schwerarbeitern einen höheren Lohn und/oder doppelte Lebensmittelrationen zuzuteilen, weil sie einen höheren Kalorienbedarf hatten. Der Vorteil des Bedarfsprinzips ist, dass auch soziale Gesichtspunkte bei der Einkommensverteilung berücksichtigt werden können. Der Nachteil ist, dass <i>niemand</i> – auch keine Behörde – in der Lage ist, den tatsächlichen Bedarf der Mitglieder einer Gesellschaft festzustellen. Der Bedarf ist vielmehr eine subjektive Größe.
Leistungsprinzip	Nach dem Leistungsprinzip soll jeder nach seinem Beitrag zum Sozialprodukt entlohnt werden („Jedem nach seiner Leistung!“). Das Leistungsprinzip verlangt, dass für gleiche Leistung auch der gleiche Lohn bezahlt wird. Es setzt voraus, dass für alle die gleichen Startbedingungen gegeben sind („Chancengleichheit“). Ein Mindereinkommen ist nach dieser Auffassung auf mangelnde Leistung zurückzuführen. Der Vorteil des Leistungsprinzips ist, dass ein Anreiz zur Mehrarbeit und zum persönlichen Einsatz besteht. Der Nachteil ist (neben der Unmöglichkeit, den Beitrag des Einzelnen zum Sozialprodukt objektiv zu ermitteln),¹ dass das Leistungsprinzip unsozial sein kann, selbst wenn die Chancengleichheit gegeben wäre. Es berücksichtigt z.B. nicht, dass Minderleistung auch <i>unverschuldet</i> sein kann (z.B. Arbeitsunfall, Krankheit), zum anderen Mehrleistung auch auf Rücksichtslosigkeit, Betrug und Bestechung zurückgeführt werden kann. Außerdem berücksichtigt das Leistungsprinzip die Personen nicht, die nicht oder noch nicht (Alte und Jugendliche) im Produktionsprozess stehen.

Die Frage nach der gerechten Einkommensverteilung ist also nicht objektiv beantwortbar. Die Antwort hängt vielmehr von der *Einstellung* des Einzelnen oder der jeweiligen Interessengruppen (Gewerkschaften, Regierungen, Parteien, Arbeitgebern usw.) ab.

Etwas anders stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang die Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt² teilhaben sollen. Diese Frage ist nicht nur aus gesellschaftspolitischen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen zu bejahen.

Gesellschaftspolitisch gilt, dass jeder Arbeitnehmer das Empfinden haben muss, gerecht behandelt und entlohnt zu werden. Wirtschaftspolitisch gilt, dass die Mehrproduktion auch gekauft werden muss, wenn wirtschaftliche Störungen vermieden werden sollen: Steigen die Einkommen und damit die nachfragewirksame Geldmenge im gleichen Maß wie die Erzeugung der Volkswirtschaft, besteht weder Inflations-³ noch Deflationsgefahr⁴ (siehe hierzu Kapitel 6.2.3 und Kapitel 6.2.4). Steigen die Löhne hingegen schneller als die Produktivität, werden entweder die Preise steigen („Lohn-Preis-Spirale“) oder die Investitionen zurückgehen, weil die Gewinne geschmälert werden, sodass Arbeitsplätze gefährdet werden.

1 Siehe Kapitel 3.6.5.

2 Produktivität = $\frac{\text{Ausbringung (Output)}}{\text{Faktoreinsatz (Input)}}$ je Periode.

3 Unter Inflation (= „Aufblähung“) versteht man ein lang anhaltendes Steigen des Preisniveaus.

4 Unter Deflation (= „Zusammenziehung“) versteht man ein lang anhaltendes Sinken des Preisniveaus.

AUFGABEN

1. Wirtschaften kann man als Wahlentscheidung zwischen alternativen Produktionszielen auffassen.

1.1 Begründen Sie diese Aussage!

1.2 Sie erhalten nebenstehende Substitutionstabelle mit zwei Gütern, und zwar „Maschinen“ (stellvertretend für Zukunftsgüter) und „Personenwagen“ (stellvertretend für Gegenwartsgüter). Zeichnen Sie die Kapazitätslinie!

Möglichkeiten	Personenwagen (in tausend Stück je Periode)	Maschinen (in tausend Stück je Periode)
A	6	–
B	5	2
C	4	3
D	3	3,8
E	2	4,5
F	1	5
G	–	5,25

1.3 Was sagt die von Ihnen gezeichnete Kapazitätslinie (Aufgabe 1.2) aus?

1.4 Begründen Sie, warum die in Aufgabe 1.2 gezeichnete Kapazitätslinie konvex verläuft!

1.5 Angenommen, die in Aufgabe 1.2 genannte Volkswirtschaft stellt 3000 Personenwagen und 2500 Maschinen her. Welche gesamtwirtschaftliche Situation liegt vor? Begründen Sie Ihre Antwort!

1.6 Angenommen, in der in Aufgabe 1.2 genannten Volkswirtschaft beträgt die Nachfrage nach Personenwagen 4000 Stück je Periode und die Nachfrage nach Maschinen 4500 Stück je Periode. Welche gesamtwirtschaftliche Situation liegt vor? Begründen Sie Ihre Antwort!

1.7 Wie wirkt sich der technische Fortschritt auf den Verlauf einer Kapazitätslinie aus?

1.8 Unter welchen Bedingungen könnten sich Kapazitätslinien nach „links“ verschieben?

1.9 Suchen Sie nach einem sinnvollen Zahlenbeispiel, bei dem Sie lineare Kapazitätslinien erhalten!

1.10 Nennen und begründen Sie die Faktoren, die den Verlauf einer Kapazitätslinie bestimmen!

1.11 Welche gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vor- und Nachteile ergeben sich, wenn sich eine Volkswirtschaft zur verstärkten Produktion von Zukunftsgütern (Produktionsgütern) zulasten der Produktion von Gegenwartsgütern (Konsumgütern) entschließt?

1.12 Wie ändert sich Ihre Antwort, wenn Sie annehmen, dass in einer vollbeschäftigten Wirtschaft die Produktion militärischer Güter zulasten der Produktion ziviler Güter ausgedehnt wird?

1.13 Verdeutlichen Sie den Unterschied der Produktionsmöglichkeiten einer

1.13.1 unterbeschäftigten und

1.13.2 vollbeschäftigten Wirtschaft!

2. Erklären Sie, was unter dem Begriff „Wirtschaftsstufenlehren“ zu verstehen ist! Nennen Sie ein Beispiel für eine Wirtschaftsstufenlehre!

3. Eine von vielen wirtschaftlichen Grundfragen ist, *wie* die Güter produziert werden sollen. Nennen Sie mit dieser Grundfrage in Zusammenhang stehende Probleme der Industrieländer, die in Zukunft gelöst werden müssen!